

# IMMERGRÜN

B.S.B. 4

herausgeber: grüne liste ladenburg e.v. (GLL)

Nr. 4, Juni 1985

kommunalpolitischer verein für die römerstadt ladenburg am neckar

## Liebe Ladenburger!

Es gibt Themen, die kann man fast nicht mehr hören. In Ladenburg gehört dazu sicher die "Verkehrsberuhigung". Aber genau deshalb muß man weiter darüber reden - sonst wird nach ein paar geänderten Vorfahrten und Aufpflasterungen das Problem wieder für ein paar Jahre zu den Akten gelegt. Die GLL hat andere Vorstellungen - und Sie ist

sich mit vielen Bürgern darüber einig. Deshalb auch in der vorliegenden IMMERGRÜN: Thema Verkehrsberuhigung. Dazu kommen einige Fragen zum Zivilschutz, die uns Bürgermeister Schulz leider zur Zeit nicht beantworten will - machen Sie sich selbst ein Bild.

Ihre IMMERGRÜN-Redaktion



## Die unendliche Geschichte oder: ein Traum von Ladenburg.

Der Gemeinderat hat beschlossen: es wird Ernst gemacht mit der Verkehrsberuhigung in der Altstadt! Keine Parkplätze mehr am Marktplatz, die Einfahrten in die Hauptstraße werden gesperrt. Nur noch für die Anwohner und die Lieferanten des Handels ist die Altstadt ein Ziel, das man mit dem Auto aufsucht. Endlich ist der Marktplatz wieder das, was er sein soll, das Herz der Stadt. Auf den Bänken unter den Bäumen treffen sich jung und alt, Mütter schauen zu, wie ihre Kinder im Wasser des Marienbrunnens Schiffchen schwimmen lassen...

Auf der gesamten Hauptstraße ist mehr Leben als je zuvor - allerdings ohne Motorenlärm und Abgase. Fahrräder, Kinderwagen, Einkaufswägelchen sind neuerdings die "Hauptverkehrsmittel" der Ladenburger geworden. Das übliche Samstagmorgen-Chaos vor NANZ und rund um den Marktplatz findet nicht mehr statt.

Auch außerhalb Ladenburgs wurden die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zur Kenntnis genommen. "Ein Beispiel, wie auch eine kleine Gemeinde ihren Beitrag zu aktivem Umweltschutz leisten könne", hieß es in der Presse. "Luft zum Atmen, weniger Lärm, Platz für Bäume und Büsche" waren Schlagworte, die man überall lesen konnte. Na bitte, sagten sich die Ladenburger Bürger, es geht also doch - und alle haben ihre Freude dran...

## Schön wär's!

Zurück in die Wirklichkeit. Trotz der von allen begrüßten Änderungen der Vorfahrtsregelung rund um die Altstadt und der geplanten Aufpflasterung hat die Ladenburger Realität natürlich ein ganz anderes Gesicht.



# So sieht's aus:

Es stinkt weiterhin  
Es lärmt weiterhin  
Es ist weiterhin gefährlich für Fußgänger  
und Radfahrer  
Es wird weiterhin geparkt am Markt.  
Es bröckeln weiterhin die schönen Fassaden

Der Gemeinderat - oder ein Teil davon - will es wohl so - obwohl die extra einberufene Bürgerversammlung ganz anders entschied...

Fragen wir doch mal genauer:

## Wer blockiert die vernünftigen Vorschläge?

Die Abstimmung im Gemeinderat hat es gezeigt. Die Fraktionen der CDU und der Freien Wähler haben mit 12 Stimmen die Mehrheit. Und offenbar sind die Vertreter des Handels und Gewerbes in diesen Fraktionen so stark, daß auch die weitersichtigen Gemeinderäte brav die Hand heben statt ihren Kollegen die richtigen Fragen zu stellen. Zum Beispiel:

## Warum blockiert der Handel?

Die Antwort: aus Angst. Angst davor, daß weniger Autos gleichbedeutend sind mit weniger Umsatz. Angst davor, mal etwas auszuprobieren. Angst davor, die eingefahrenen Gleise zu verlassen, obwohl alle deutlich sehen, daß sie in die falsche Richtung führen. Das Resultat:

## Wer Angst hat, macht Angst!

Weil vernünftige Argumente fehlen, greift man bei Bedarf eben zu Schreckensbildern: Die "tote Altstadt" wird beschworen, den Anwohnern, die nicht an Hauptstraße bzw. Marktplatz wohnen, wird gesagt, daß sie dann alle Nachteile hätten, die bisher andere hatten. Oder es wird zum x-ten mal der Blödsinn von der gesperrten Hauptstraße anlässlich des Rathausbaues aus der Kiste geholt als Beispiel für die These "weniger Autos=weniger Geld in der Kasse."

Ja es wird sogar nicht mal davor zurückgeschreckt diesen "Test" jetzt am Domhof zu wiederholen - als könne eine Baustelle mit Sperrung der Hauptstraße irgendetwas über die Wirkung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen aussagen.

# Schaut doch mal über die Stadtmauer hinaus!

Es gibt genug Beispiele gelungener Verkehrsberuhigter Altstädte überall in Deutschland. Bei allen gab es natürlich in der Übergangszeit Schwierigkeiten. Aber so ist das nun mal bei neuen Situationen.

Man muß sich erst einmal darauf einstellen, sich gewöhnen - dann klappt das schon. Dabei hatten es viele Städte, die heute verkehrsberuhigte Zonen haben viel schwerer als Ladenburg. Die mußten "Theaterkulissen" aufbauen, um Ihre Innenstadt attraktiv zu machen. Wir Ladenburger dagegen haben alles. Bei uns ist der Marktplatz echt, sind die Gassen und Winkel echt, sind die Fachwerkhäuser echt und der Brunnen ist nicht ein Geplätscher in Waschbeton. Auch die Entfernungen die wir zu Fuß zurückzulegen haben, sind hier nicht größer als anderswo, wenn wir ehrlich sind.

## Und was machen wir?

Wir lassen nach wie vor die Autos durchrasen! 45 % halten nicht einmal an, wie wir wissen. Unglaublich, nicht wahr? Dabei geht es ja nicht nur ums Einkaufen. Denn in unserer Altstadt leben Menschen. Die kommen nicht nur mal kurz rein, die müssen Lärm und Gestank immer ertragen. Auf die wird am wenigsten Rücksicht genommen, obwohl gerade sie die (noch) treuen Stammkunden der Geschäfte hier sind. Kunden, die sowieso ohne Auto einkaufen.

Hier schließt sich der Kreis: Statt etwas zu tun, was allen nützt, wird nur getan, was - vermeintlich - für eine kleine Gruppe gut ist. Und das ist eben gleich zweimal falsch.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, die Verkehrsberuhigung in der Altstadt weiter auf der Tagesordnung zu halten und ENDLICH wirklich etwas zu unternehmen.

Und wir Bürger Ladenburgs sollten unabhängig von Beschlüssen des Stadtparlaments mit Fahrrädern und Kinderwagen deutlich machen, wie wir uns unsere Stadt vorstellen!

# - ZIVILSCHUTZ -

## Notwendigkeit oder Gefahr?

"Wir leben in einer Vorkriegs-, nicht in einer Nachkriegszeit."

Vieles spricht für diese Aussage eines namhaften Politikers. Die Überrüstung, deren Schlußpunkt historisch schon immer der Krieg war, nimmt mit dem 'Krieg-der-Sterne'-Projekt noch irrwitzigere Dimensionen an als bisher. Die NATO geht mit ihrer neuen Strategie der AIR LAND BATTLE 2000 eindeutig auf Angriffskurs. Die wieder aufgenommenen Genfer Verhandlungen zwischen den Supermächten erweisen sich schon jetzt als gegenseitige Hinhaltenaktik.

Weitgehend hinter verschlossenen Türen wird bei uns - einem sicheren zukünftigen Kriegsschauplatz - ein weiterer Schlußstein zur Kriegsführungsfähigkeit bearbeitet: Das neue ZIVILSCHUTZGESETZ (ZVG).

"Die Überlebenden werden die Toten beneiden."

Dieser Satz beschreibt treffend die Situation derer, die nach einem nuklearen, biologischen und chemischen Vernichtungskrieg heutigen Zuschnitts noch aus den Trümmern kriechen werden. Der sich dem Atomschlag anschließende sog. Nukleare Winter wird auch diesen Menschen Seuchentod, Verhungern und Verdursten bringen.

### BUNKERBAU ALS PSYCHOLOGISCHE KRIEGSVORBEREITUNG

Bunkerbau, Evakuierungspläne und sonstige bürokratischen Planspiele im Zusammenhang mit dem vorhandenen Rettungs- und Gesundheitswesen können an diesen fatalen Aussichten nichts ändern. Es ist Augenwischerei zu behaupten, bis zu 60% unserer Bevölkerung könnten einen Atomschlag gegen unser Land einigermaßen unbeschädigt überstehen.

Dahinter steht ein eindeutiger politischer Zweck. Der Sowjetunion als dem Feind Nr. 1 soll signalisiert werden: Wir sind auf alles vorbereitet und zum Widerstand bereit. Die eigene Bevölkerung soll glauben gemacht werden, daß trotz Hiroshima und Nagasaki alles schon nicht so schlimm kommen werde.

Das neue Zivil"schutz"gesetz dient also hauptsächlich der psychologischen Kriegsvorbereitung. Es ist rundum abzulehnen!

Den Kommunen fallen im Teil 'Selbstschutz' des ZVG zentrale Aufgaben zu. So sind z.B. 'Selbstschutzberatungsstellen' in den Wohngebieten geplant (eine Art Luftschutzblockwart in neuem Gewand) sowie Organisation, Überwachung und Durchführung der umstrittenen Pflicht zum Bunkerbau.

Schon seit Anfang des Jahres versucht nun die GRÜNE LISTE LADENBURG die Stadtverwaltung bezüglich dieser Zivilschutzvorhaben zu einer Stellungnahme zu bewegen.

Bisher vergeblich.

Mit dem ständigen Hinweis, daß die Beratungen im Parlament noch andauerten und der Entwurf vom Juni 84 nicht mehr aktuell sei, blieben unsere Fragen bis heute unbeantwortet. Die Inhalte des ZVG sind jedoch seit Juni 84 klar; es wird im wesentlichen nur noch an der Verpackung gearbeitet.

Die von uns gestellten Fragen sind aktuell, ob sie sich nun auf bereits bestehende Maßnahmen oder auf erst durchzuführende Aufgaben nach dem neuen ZVG beziehen.

Wir veröffentlichen diese dem Bürgermeister eingereichten Fragen nachfolgend:

1. Herr Bürgermeister, die Amerikaner verlegen zur Zeit das NATO-Hauptquartier nach Seckenheim, d.h. Ladenburg rückt noch näher an ein bevorzugtes militärisches Ziel heran. (Gefährdet ist die Stadt bereits durch die Viernheimer Giftgasdepots, die BASF und, nicht zu vergessen, das Atomkraftwerk Biblis.) Bei einer nuklearen Eskalation einer Konfrontation der Supermächte wären derartige Objekte Ziele der ersten Stunde. Ladenburg läge mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit im Bereich der sog. absoluten tödlichen Zone: Tod aller Einwohner sofort, Feuerstürme, kein Stein bleibt auf dem andern, Bunker werden zu Massengräbern und Krematorien! (zitiert nach der offiziellen Studie des US-Kongresses *The Effects of Nuclear War*, 1979).

Herr Bürgermeister, halten Sie bei diesen 'Aussichten' die Vorbereitung eines neuen Zivilschutzgesetzes nicht für eine schlimme Irreführung, ja geradezu gezielte Täuschung der Bevölkerung?

2. Durch Förderung des Bundesministeriums des Innern bzw. des ihm unterstellten Bundesamtes für den Zivilschutz sind in den letzten Jahren in vielen Städten der BRD Bunkeranlagen des 2. Weltkrieges wieder benutzbar gemacht worden. Herr Bürgermeister, gibt es auf Laden-

bürger Gemarkung noch Zivilschutzeinrichtungen aus dem 2. Weltkrieg, die ebenfalls in diesem Sinne restauriert werden könnten? Gibt es diesbezügliche Kontakte zwischen Zivilschutzbehörden und der Gemeinde?

3. Die Beschaffungsstelle des Bundesinnenministeriums hat durch öffentliche Ausschreibung im Juli 82 eine Unmenge von Medikamenten zur Beruhigung, Schmerzlinderung und zum Flüssigkeitersatz geordert. Die Weiterleitung an die entsprechenden Zivilschutzeinrichtungen, z.B. Hilfskrankenhäuser in Schulen und Turnhallen und entsprechende Depots, sollte Ende 83 vorstatten gehen. Inwieweit haben Sie Kenntnis von der Existenz einer derartigen Hortung von Medikamenten auf Ladenburger bzw. Kreisgelände?

4. Herr Bürgermeister, die Geschichte mit den Jodtabletten ist ja ein alter Hut. Laut Bundesinnenministerium sollte die Auslieferung und kommunale Bevorratung bereits 1982 abgeschlossen sein. Wo sind sie also, die Jodtabletten?

5. Es gibt immer wieder Gerüchte, die besagen, daß in Hinblick auf den sog. Verteidigungsfall bereits kommunale Erfassungen bezüglich der Dienstverpflichtung von bestimmten Personen- und Berufsgruppen existieren. Gemeint sind auch Kfz-Erfassungen, Evakuierungspläne u. dgl. Zuletzt sind solche Überlegungen im Zusammenhang mit der abgeblasenen Volkszählung vermehrt diskutiert worden. Was können Sie über solche Erfassungen sagen? Gibt es sie, oder gibt es sie nicht?

6. Herr Bürgermeister, es ist uns zu Ohren gekommen, daß seit Jahren gegen Ende des Schuljahrs in den Abschlußklassen der Hauptschule von Beamten des Zivil- und Katastrophenschutzamtes sog. Informationswochen abgehalten werden. Angeblich werden im Rahmen dieser Veranstaltungen auch Ratschläge folgender Art für den "Ernstfall" gegeben: Man solle ... sich flach auf den Boden legen ... Aktentasche auf den Kopf ... die Augen mit der Hand bedecken etc. Was ist Ihnen darüber bekannt? Halten Sie als Schulträger eine dermaßen verharmlosende Darstellung der Auswirkung eines Atomschlages für tragbar?

7. Herr Bürgermeister, das neue Zivilschutzgesetz, das zur Zeit abschließend in Bonn beraten wird, überträgt den Gemeinden im Rahmen des lokalen Selbstschutzes wesentliche organisatorische, personelle und materielle Maß-

nahmen. Das Gesetz vermittelt beim Studium den Eindruck deutscher Gründlichkeit. Um unsere Sicherheit im Atomkrieg soll uns nicht bange sein. Bis zu 60% Überlebende soll es geben können!

Aber es gibt auch sachkundige Gegenstimmen (z.B. der Bund deutscher Architekten; die deutsche Sektion der Ärzte gegen den Atomkrieg). Sie halten das neue Zivilschutzgesetz im wesentlichen für ein politisches Manöver zur psychologischen Kriegsvorbereitung der Bevölkerung und verweisen auf die Aussagen der Bonner Koalition, wonach der Zivilschutz "Teil der NATO-Strategie der Abschreckung" sei.

Herr Bürgermeister, wie stehen Sie als leitender kommunaler Ausführungsbeauftragter im Zusammenhang mit den Selbstschutzbestimmungen zu dem Vorwurf, mit der Umsetzung des neuen Zivilschutzgesetzes psychologische Kriegsvorbereitung zu betreiben?

8. Herr Bürgermeister, der Bunkerbau ist das wohl heißeste Eisen des neuen Gesetzes. Private wie öffentliche Bauträger sollen künftig verpflichtet werden, "Schutzräume gegen die in einem Verteidigungsfall drohenden besonderen Gefahren zu schaffen ...".

Von Experten aus der Tiefbaubranche werden, um den besonderen Gefahren eines Atomkrieges widerstehen zu können, mehrere meterdicke Außenwände weit tiefer angesetzt, als bei den üblichen Kellerausschachtungen als Grundvoraussetzung gefordert. Wie soll das gehen? Es ließen sich noch weitere begründete Einwände gegen den Bunkerbau anführen.

Herr Bürgermeister, bereits im letzten Krieg wurden Zivilschutzräume häufig zu Massengräbern. Teilen Sie mit uns die Auffassung, daß angesichts der ungeheuren atomaren Vernichtungskraft, die uns bedroht, eher die gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung bundesweiter Familiengräber festgeschrieben werden sollte als die Errichtung fragwürdiger Schutzräume?

Die GRÜNE LISTE LADENBURG will mit diesem Artikel die Bewußtseinsbildung der Menschen in Sachen psychologischer Kriegsvorbereitung fördern. Die GLL will überdies die zunehmende Einbeziehung der Kommunen in direkte kriegsvorbereitende Maßnahmen aufzeigen. Wir wollen aber auch die Bürger der Stadt dazu auffordern, den Kampf für Frieden und für die Minderung der aktuellen Kriegsgefahr direkt vor unserer Haustür wieder verstärkt aufzunehmen. Ansatzpunkte hierfür gibt es genügend. Die GRÜNE LISTE LADENBURG wird daher im kommenden Herbst eine örtliche Kampagne gegen das neue Zivilschutzgesetz starten.

Impressum: GRÜNE LISTE LADENBURG e.V.

Verantwortliche Redaktion:

Fritz Legleiter, Marlis Schlee, Rheingaustraße 32, 6802 Ladenburg

Bankverbindung:

Bezirkssparkasse Weinheim (BLZ 670 523 85), Konto-Nr. 030 124 50